

Pearson, Lester

Article — Digitized Version

Für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Pearson, Lester (1970) : Für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 1, pp. 65-71

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134070>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Für eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit

Lester Pearson, Ottawa

Ein wichtiges Ziel der Zweiten Entwicklungsdekade wird darin bestehen, den Entwicklungsländern auch in Zukunft zu einer angemessenen, sich selbst tragenden Entwicklung zu verhelfen. Dafür wird in den kommenden Jahren eine beträchtliche Unterstützung von seiten der entwickelten Länder an die unterentwickelten erforderlich sein. Außerdem bedarf es der praktischen Durchführung verschiedener außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen sowohl auf den Gebieten des Außenhandels als auch im Bereich der privaten Auslandsinvestitionen. Diesen Erfordernissen kann dann am besten entsprochen werden, wenn sie auf der Grundlage einer wirkungsvollen Partnerschaft all jener Länder basiert, die an den großen Anstrengungen der internationalen Kooperation in der Entwicklungspolitik beteiligt sind.

Aufgabenstellung

Ich würde an dieser Stelle gern die Gründe und Überlegungen untersuchen, die bei einer wirkungsvollen Partnerschaft bedacht werden müssen und die – besonders für die entwickelten Länder – die Grundlage ihrer Bemühungen bilden. Zunächst soll jedoch kurz auf den Bericht der Ersten Entwicklungsdekade und auf das vorangegangene Jahrzehnt Bezug genommen werden. Denn unsere Hoffnungen für die Zukunft und die Begründung unserer Verpflichtung müssen verständlicherweise einen Großteil ihrer Substanz aus den Lehren und Leistungen der Vergangenheit herleiten.

Um diese und andere Fragen zu untersuchen, wurde im Herbst 1968 die „Kommission für internationale Entwicklung“ – deren Vorsitzender ich war – etabliert. Die Kommission – ihr gehörten sieben hervorragende Kollegen an, unter ihnen Dr. Wilfried Guth aus der BRD – hatte die Aufgabe, sich mit den Konsequenzen aus zwanzig

Jahren Entwicklungshilfe zu befassen, die Erfolge abzuschätzen, die Fehler aufzudecken und politische Strategien vorzuschlagen, die in Zukunft bessere Ergebnisse liefern werden.

Positive Entwicklungsaspekte

Unsere Untersuchung über die Vergangenheit veranlaßte uns tatsächlich zu ermutigenden Schlußfolgerungen. Nach 12 Monaten, in denen wir unsere Arbeit abschließen sollten, waren wir in der Lage, in unserem im Herbst veröffentlichten Report folgendes Urteil über das vergangene Jahrzehnt abzugeben: „Die Aufzeichnung der Entwicklung zeigte positive und negative Aspekte. Sie ist aber viel besser, als allgemein angenommen wurde. Die durchschnittliche Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts in den Entwicklungsländern hat in den 60er Jahren 5% p. a. erreicht. Die hohe Rate des Bevölkerungswachstums hat die Zuwachsrate im Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung bei 2,5% p. a. verbleiben lassen. Aber sogar 2,5% stellen, verglichen mit anderen Zahlen aus der Vergangenheit, eine bemerkenswerte Steigerung dar.“

Aufgrund der vorhandenen Erfahrungen verstehen wir heute mehr vom Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung als vor 20 Jahren. Wir wissen mehr darüber, was einen Erfolg verspricht und was einen Mißerfolg heraufbeschwört. Alle unterentwickelten Länder sollten diese Kenntnisse nutzen. Denn Unterentwicklung ist heute sicherlich kein *circulus vitiosus* mehr.

Nach Prüfung der Vergangenheit versuchte die Kommission, jene Hauptschwierigkeiten und -hindernisse festzustellen und zu isolieren, die in der internationalen Gemeinschaft als Ganzes und auch in den Entwicklungsländern selbst bestehen. Denn sie müssen überwunden werden, wenn man in Zukunft in den Entwicklungsländern einen befrie-

digenden Fortschritt erzielen will. Im letzten Teil des Reports werden politische Strategien und Maßnahmen diskutiert, die, nach Meinung der Kommission, in den Hauptbereichen der internationalen Entwicklungshilfe und den damit zusammenhängenden politischen Bereichen wie internationaler Handel und Geburtenkontrolle angewandt werden sollten.

Strategie der Kooperation

Fast 80 Empfehlungen wurden im Kommissions-Report vorgelegt. Die wichtigsten Ziele dieser Empfehlungen, die insgesamt eine Strategie zur Stärkung der internationalen Kooperation der Entwicklung darstellen, waren:

- den Rahmen für einen freien und gerechten internationalen Handel zu schaffen;
- die für beide Seiten vorteilhaften privaten Auslandsinvestitionen zu fördern;
- eine bessere Partnerschaft zu begründen;
- der Entwicklungshilfe einen klareren Verwendungszweck und einen größeren logischen Zusammenhang zu geben und
- den Umfang dieser Hilfe zu vergrößern.

Andere Empfehlungen behandelten ebenso wichtige Ziele: Beispielsweise wie dem Problem der steigenden Staatsverschuldung entgegenzutreten sei, wie die Verwaltung der Hilfe effektiver gestaltet werden könne, wie technische Hilfe eingesetzt, das Bevölkerungswachstum verlangsamt und das multilaterale Hilfssystem gestärkt werden könne.

Ich will hier nicht in Details gehen. Ich erwähne sie nur deshalb in groben Umrissen, um den Bereich der Strategie zu erläutern, von der die Kommission glaubte, daß sie während der kommenden Dekade wirkungsvoll verfolgt werden könne. Hier muß immer wieder betont werden, daß die Ziele der Zweiten Entwicklungsdekade nur erreicht werden können, wenn die wohlhabenden Länder bereit sind, der unterentwickelten Welt bei der Beschleunigung des bereits laufenden Prozesses des wirtschaftlichen Wachstums zu helfen. Im Moment gibt es dafür aber leider keine klar erkennbaren Indikatoren. Die „Kommission für internationale Entwicklung“ wurde darum vor allem deshalb gegründet, weil unter einigen politischen Führern die Sorge über die offensichtlich gering empfundene politische Verpflichtung wuchs, die Entwicklungsländer bei ihren Anstrengungen zu unterstützen und ihrer Bevölkerung durch Ausbildung, Wohnungsbau, Gesundheitsfürsorge und bessere Ernährung einen angemessenen Lebensstandard zu schaffen.

Das bringt uns zur Frage der Bildung einer wirkungsvollen Partnerschaft zurück. Der eigentliche Mittelpunkt der von uns zu erörternden Probleme war natürlich die Frage, warum die entwickelten Länder überhaupt Entwicklungshilfe liefern sollten. Die Antwort wäre leicht gewesen, wenn die 20 Jahre Entwicklungspolitik eine klare und eindeutige Rechtfertigung gegeben hätten. Dies ist aber nicht der Fall. Die politische Verpflichtung der reichen Länder, den Armen zu helfen, kann nicht wie ein mathematischer Lehrsatz schlüssig nachgewiesen werden. Die Verpflichtung zur internationalen Kooperation in der Entwicklung ist grundsätzlich ein „Akt des Glaubens“. Und dieser Glaube wird, einmal anerkannt, ähnlich anderen Glaubenshandlungen, zum Grundprinzip, aus dem sich dann von allein bestimmte Schritte ergeben. Ähnlich allen Glaubensakten basiert die Verpflichtung jedoch auf einer Feststellung, die nur für jene bereits „Bekehrten“ unmittelbar einleuchtend ist. Wir glauben, daß die Verpflichtung zur weltweiten Kooperation eine viel breitere Grundlage haben müßte.

Gemeinsame Sorgen über Weltprobleme

Zunächst einmal ist festzustellen, daß die Welt in ein Zeitalter immer enger werdender Beziehungen zwischen den Nationen und Völkern eingetreten ist. Wir können uns nicht länger nur einfach fragen, wie unser eigenes Land in 25 Jahren aussehen wird. Wir müssen uns fragen, wie die Welt in 25 Jahren aussieht. Und unsere Antwort lautet, daß es unmöglich ist, sich eine Welt nach dem Jahre 2000 vorzustellen, in der nur wenige der heutigen Hemmnisse für die Entfaltungsmöglichkeiten von Menschen und Ideen beseitigt sind. Es ist bereits erkennbar, daß:

- die Verunreinigung der Umwelt durch industrielle und nukleare Abfallstoffe sich schädlich auf das gesamte Leben auswirkt;
- die hohe Wachstumsrate der Bevölkerung das Privatleben aller bedroht und die Aussichten auf eine schnellere Steigerung des Lebensstandards vermindert;
- die Unzulänglichkeit des Ausbildungswesens und die sehr große, wenn nicht sogar steigende, Anzahl der Analphabeten die Wahrscheinlichkeit eines rationalen politischen Verhaltens in der Welt verringert;
- die Unterernährung unter den Kindern in einigen der reichsten und in den ärmsten Ländern die Leistungsfähigkeit der nächsten Generation in Mitleidenschaft zieht;
- das Gesundheitsproblem in irgendeinem Land heute das Gesundheitsproblem der gesamten Welt ist.

Diese und ähnliche „Ketten“ an gemeinsamen Sorgen und Problemen der Menschheit verlangen Lösungen, die auf dem „Guten“ der weltumfassenden Gemeinschaft beruhen. Die Bemühungen um eine Lösung werden diese „Ketten“ weiter verstärken. Das soll aber weder heißen, daß eine Weltregierung eingeführt werden muß noch daß zuerst der Nationalstaat abgeschafft werden sollte. Es soll vielmehr heißen, daß das Schicksal der Bevölkerung eines Landes von zunehmender Bedeutung für die Bevölkerung anderer Länder sein wird.

Armut auch in reichen Ländern

Weiter ist erkennbar, daß die entwickelten Länder lernen, daß regional begrenzte Armut zum Verteilungssystem des Wohlstandes gehört, obwohl es sicherlich im Bereich ihrer Leistungsfähigkeit liegen würde, solche Armut zu beseitigen und jedem Menschen ein angemessenes Niveau an Komfort und einen breiteren Spielraum an Möglichkeiten zu gewährleisten. Durch den Kampf gegen die Armut in den reichen Ländern lernen wir, wie vielschichtig und schwierig unsere Aufgabe ist. Dies sollte bei uns das Verständnis für die weit- aus vielschichtigeren Probleme der unterentwickelten Welt wecken.

Wir wollen die Armut bei uns nicht nur deshalb beseitigen, weil es moralisch unhaltbar ist, daß ein Teil unserer Gemeinschaft ohne die einfachsten Annehmlichkeiten des Lebens und der andere Teil im größten Überfluß lebt, sondern auch weil wir gelernt haben, daß von einer vollständigen Nutzung der menschlichen und physischen Leistungsfähigkeit eines Landes jeder profitiert. Dieses Konzept ist natürlich auch auf die Welt als ganzes anwendbar. Die Welt ist unermeßlich reich, wenn man die beim gegenwärtigen technischen Stand noch unterbeschäftigten Ressourcen ebenfalls berücksichtigt. Beschäftigt man sie, so können sowohl die heute Reichen als auch – in größerem Ausmaß – die heute Armen davon profitieren.

Wachsendes Bewußtsein der Öffentlichkeit

Unsere Bemühung um eine Beseitigung der Armut in unseren eigenen Ländern wird durch die Vernunft und den Druck der nationalen öffentlichen Meinung verstärkt, der während der letzten 20 Jahre erheblich gewachsen ist. Der Hunger in Asien und Afrika ruft die unmittelbare Tätigkeit von einzelnen und Völkern hervor, die viele tausend Meilen entfernt leben. Zunehmende Kohäsionstendenzen entstehen auch durch den Fort-

Sparschuld – verschreibungen der Bank für Gemeinwirtschaft.

Steigender Wertzuwachs ohne Kursrisiko.

BfG

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet und West-Berlin

schritt im Transport- und Nachrichtenwesen, durch global wirkende Vernichtungswaffen, durch die Ausbreitung friedlicher Technologie, durch die Lehren zweier Kriege und durch die Errichtung eines internationalen Netzes an Organisationen. Dieses Netz an Organisationen ist allerdings noch sehr schwach und starken nationalistischen und ideologischen Auseinandersetzungen sicherlich noch nicht gewachsen.

Es kann sein, daß sich das Bewußtsein der Weltöffentlichkeit langsamer erweitert hat, als es zu wünschen wäre. Dennoch glauben wir, daß die allgemeine Entwicklungsrichtung klar erkennbar ist. Setzen sich die Tendenzen zu einer engeren Verbindung innerhalb der Staaten unserer Welt fort, so müssen wir uns Gedanken über die zukünftige Ausgestaltung eines Systems machen, das, zum Nutzen aller, eine rationalere Allokation und eine bessere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen verspricht. Im Mittelpunkt eines solchen Systems stände Entwicklung, und zwar die Entwicklung der armen Regionen in den reichen Ländern und die der unterentwickelten Welt.

Nicht nur finanzielle Hilfe

Stellen wir Entwicklung in den Mittelpunkt unserer Bemühungen, so läßt sich sagen, daß Geld allein durchaus noch nicht die vollständige Lösung der Probleme mit sich bringt. Entwicklung schließt nämlich die Beteiligung der Menschen an den Entscheidungen über ihre Umwelt ein. Sie gibt den Menschen außerdem die Wahlmöglichkeit und die Chance, ihre Ressourcen bis zur maximalen Leistungsfähigkeit auszunutzen. D. h. im internationalen Zusammenhang, daß die reichen Länder, zusätzlich zur Versorgung der unterentwickelten Länder mit finanziellen Hilfsmitteln, auch bereit sein müssen, die Organisationen ihrer eigenen Gesellschaften und Industrien kritisch zu durchleuchten, um festzustellen, wo deren Struktur mit der langfristigen Zukunft unvereinbar ist. Wo dies der Fall ist, muß man beginnen, über Methoden nachzudenken, mit denen die notwendigen Veränderungen herbeigeführt werden können. Anders ausgedrückt heißt das: Eine der wichtigsten Hilfen für die Entwicklungsländer besteht darin, ihre Möglichkeiten für einen Handel untereinander und mit der industrialisierten Welt zu verbessern und Kenntnisse und Forschungsergebnisse mit ihnen zu teilen, so daß sie in der Lage sind, ihren Spielraum tatsächlich auszunutzen.

Schwierige „Bekehrung“

Dies läßt die Frage unbeantwortet, wie jene zu überzeugen sind, die der These nicht zustimmen, daß die gegenwärtigen Entwicklungszeichen in Richtung auf eine engere Verbindung zwischen

den Völkern deuten. Es wäre eine einfache Aufgabe, wenn wir beweisen könnten, daß, falls dieser Einsicht nicht gefolgt wird, katastrophale Konsequenzen folgen würden. Aber diese „Feuer- und Schwefel-Methode“ der Bekehrung zu irgendeinem Glauben ist nicht mehr modern – und das aus sehr gutem Grund. Auch ist es nicht möglich, ein Bild von Massenerhebung und den daraus entstehenden Gefahren für die nationale Sicherheit – wobei gerade das letzte Argument die geringste Überzeugungskraft hätte – auszumalen. Ganz gleich, wie düster wir dieses Bild auch immer zeichnen würden, wir könnten nicht die allzu menschliche Überzeugung überwinden, daß dies „hier bei uns“ nicht geschehen kann.

Es ist fast dünkelfhaft von seiten der Reichen, den Armen ihren Rücken zuzuwenden. Langfristig mag dies nicht so sehr ein internationales Chaos als eine grundlegende Veränderung des moralischen Wertesystems in den reichen Ländern selbst zur Folge haben. Eine Veränderung zum Nachteil und vielleicht zur Zerstörung der gerade auftauchenden Vernunft und des Bedürfnisses nach einer Weltgemeinschaft.

Ernste Gefahren nur von innen

Im Jahre 2000 wird das Pro-Kopf-Einkommen in den Vereinigten Staaten mehr als 10 000 \$ betragen. Zur gleichen Zeit wird es in Indien, Pakistan und den meisten Ländern Afrikas noch unter 500 \$ liegen. Es wäre denkbar, daß man mit dieser Diskrepanz leben kann. Man kann aber mit ihr nicht sehr angenehm leben, oder man fühlt sich sicher unbehaglich. Akzeptieren wir eine solche unangenehme Aussicht und verschließen wir unsere Augen immer stärker vor der Ungerechtigkeit, daß zwei Drittel der Menschheit in behebbarer Armut leben, so wird unsere Einstellung nicht nur gegenüber unseren Armen zwangsläufig, sondern auch gegenüber der Würde des Menschen und der Unabhängigkeit von Staaten in Mitleidenschaft gezogen werden. Diese Gefahr, obwohl scheinbar äußerst harmlos im Vergleich zu jenen Gefahren, die in der Vergangenheit für eine Rechtfertigung von Hilfsprogrammen heraufbeschworen wurden, ist in Wirklichkeit sehr viel ernster.

Es ist heute schwer vorstellbar, wie z. B. die Supermächte in naher Zukunft von außen wirklich bedroht werden könnten. Die wahre Gefahr – auch für jene Supermächte – kommt von innen. Und das gilt auch für viele kleinere Länder. Wie stark gerade solche inneren Kräfte sein können, zeigt die Entfremdung der Jugend von jener Gesellschaft, die zwar für eine gerechte Beteiligung an den wirtschaftlichen und intellektuellen Gütern sorgen könnte, es aber nicht tut.

Was wir deshalb in Form einer fundierten Darstellung anzubieten haben, ist unsere Ansicht über die Zukunft. Von dieser Vorstellung gehen die Empfehlungen in unserem Bericht aus und leiten zur Frage über, wie diese Zukunft besser erreicht werden kann. Diese Vorausschau wird nur den politischen Willen derjenigen berühren, die bereits ähnlich denken. Weltweit kann sie nur dann

wirken, wenn es gelingt, diese Vorausschau allen zu erläutern. Wir können nur auffordern, sich uns jetzt beim Versuch einer Vorausschau über die Entwicklung der Welt in den kommenden 25 oder 50 Jahren anzuschließen und sich dann mit uns Gedanken darüber zu machen, welche Maßnahmen wir heute ergreifen sollten, damit diese Vorausschau eintrifft.

Der deutsche Beitrag zur Zweiten Entwicklungsdekade

Erhard Eppler, Bonn

Am Ende der Ersten Entwicklungsdekade sind wir nicht nur aufgefordert, Rechenschaft über die vergangenen Jahre unserer Entwicklungshilfe abzulegen, wir müssen uns gleichzeitig verstärkt mit der Konzeption für die Zweite Dekade auseinandersetzen. Dabei geht es nicht nur darum, die Möglichkeiten zu untersuchen, wie unsere Entwicklungshilfe effizienter gestaltet werden kann. Als Mitglied in dem Vorbereitenden Ausschuß des ECOSOC sind wir auch aufgefordert, zur internationalen Strategie der Zweiten Dekade eigene konstruktive Beiträge anzubieten.

Mehr öffentliche Hilfe

In der internationalen Diskussion zur Zweiten Entwicklungsdekade nimmt die Bereitstellung der Mittel für die Entwicklungsländer breiten Raum ein. Die Entwicklungsländer erwarten, daß mindestens ein Prozent des Bruttosozialprodukts der Industrieländer für Maßnahmen der Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt wird. Dies entspricht auch einer Empfehlung der Zweiten Welthandelskonferenz im Jahre 1968 in Neu-Delhi. Im kürzlich fertiggestellten Pearson-Bericht wird dieses Ziel dahin differenziert, daß 0,7 % des Bruttosozialprodukts aus öffentlichen Mitteln bestehen sollte.

Im Jahre 1968 hat die Bundesrepublik Deutschland 1,26 % ihres Bruttosozialprodukts an Entwicklungshilfe geleistet: Sie hat damit die Forderung der Zweiten Welthandelskonferenz erfüllt, auch wenn nur 37 % unserer Leistungen aus

öffentlichen Mitteln stammen und somit insgesamt nur 0,45 % des Bruttosozialprodukts betragen.

Wollen wir daher der Empfehlung im Pearson-Bericht entsprechen, so müssen wir unsere öffentliche Hilfe in den kommenden Jahren erhöhen.

Geringere Verschuldung

Wesentliche Schritte zur Verwirklichung dieses Ziels sind jedoch schon vorbereitet und haben in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 folgenden Ausdruck gefunden:

Die öffentliche Entwicklungshilfe soll jährlich um 11 % erhöht werden.

Es sollen Möglichkeiten untersucht werden, um die Rückzahlungen der Entwicklungsländer aus öffentlichen Krediten wieder Zwecken der Entwicklungshilfe zuzuführen. Hierbei ist etwa an einen Fonds gedacht, der revolving eingesetzt wird. Dadurch könnte auch erreicht werden, daß die Entwicklungsländer die Verzinsung und Tilgung ihrer Schulden als einen normalen ökonomischen Vorgang und nicht als ungerechtfertigten Tribut an die Industrieländer verstehen.

Für eine effizientere Kreditpolitik wird besonders vorteilhaft sein, daß gegenwärtig die Kredite unter entwicklungspolitisch vertretbaren Konditionen vergeben werden können, die im Normalfall 2,5 % Zins bei 30 Jahren Laufzeit und acht tilgungsfreien Jahren vorsehen. In der Zukunft sollten wir jedoch bei Krediten an Länder mit besonders nied-